

## Die Südostschweiz; 5. Oktober 2013

Ausgaben-Nr. Seite 22

Ausgabe Graubünden Inland

# Steuerabzüge für traditionelle Familien

*In sieben Wochen stimmen wir über die Familieninitiative der SVP ab. Sie fordert Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, statt sie in den Hort zu geben.*

Von Dennis Bühler

Bern. – Seit Anfang 2011 können berufstätige Eltern, die ihren Nachwuchs in den Kinderhort geben, bei der direkten Bundessteuer maximal 10 100 Franken pro Kind vom steuerbaren Einkommen abziehen lassen, bis dieses 14-jährig wird. Wird die Familieninitiative angenommen, kommen Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, in den Genuss gleich hoher Steuerabzüge. Bis anhin werden diese Eltern in den Augen der Initiativbefürworter nämlich gleich dreifach benachteiligt: Sie subventionieren Krippen über die Steuern mit, können keinen Abzug geltend machen und verzichten auf Einkommen, das sie generieren könnten, wenn sie einer Arbeit nachgingen.

Wer macht sich aus welchen Gründen für die Familieninitiative stark?

An vorderster Front kämpft die SVP, die die Volksinitiative lanciert hat. Ihr geht es mit dem Begehren auch um die Stärkung des von ihr als ideal angesehenen Familienbilds. Nationalrat und alt Bundesrat Christoph Blocher verglich Eltern, die ihre Kinder in Krippen geben, während der Debatte im Parlament mit dem Vogel Kuckuck, der seinen Nachwuchs in fremde Nester legt. Die Individualisierung der Gesellschaft dürfe nicht dazu führen, dass die Verantwortung für Erziehung und Kinderbetreuung mehr und mehr dem Staat zugewiesen werde, findet die Partei und beruft sich auf Dichter Jeremias Gotthelf: «Zu Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland!» Die CVP befürwortet die Initiative mehrheitlich, hat aber prominente Abweichler in ihren Reihen (siehe letzte Frage dieses Artikels). Für die Initiative legt sich auch Krokus-Bassist Chris von Rohr ins Zeug.

Wer ist gegen die Initiative?

Die gegnerische Kampagne wird angeführt von der FDP. Auch die SP, die Grünen, die GLP und die BDP sind gegen die Initiative. Ebenso der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse.

Welche Gründe werden gegen die Familieninitiative vorgebracht?

Die Gegner kritisieren, im Falle einer Annahme der Initiative werde das traditionelle Familienmodell mit einem Hauptverdiener bevorzugt. Die Rede ist von einer «Mutter-an-den-Herd-Initiative». Es mache volkswirtschaftlich keinen Sinn, Frauen und Männer gut auszubilden, ihnen dann aber eine Prämie zu bezahlen, damit sie dennoch zu Hause blieben. Gewarnt wird zudem vor hohen Steuerausfällen. So weibeln die kantonalen Finanzdirektoren gegen die Initiative. Sie rechnen mit jährlichen Mindereinnahmen von einer Milliarde Franken bei Staats- und Gemeindesteuern.

Gibt es Kantone, in denen Eltern für die Eigenbetreuung ihrer Kinder bereits einen Abzug geltend machen können?

Ja. In den drei «katholischen» Kantonen Zug (6000 Franken), Luzern (2000 Franken) und Wallis (3000 Franken) kann für jedes selbst betreute Kind ein Abzug auf der Steuerrechnung gemacht werden.

Welche Rolle spielt die CVP?

Zwei Drittel der CVP-Parlamentsfraktion unterstützten das Begehren der SVP, im Präsidium fiel der Entscheid sogar 10:1 aus. Die Partei ist sich aber nicht einig: So sind die CVP-Frauen Teil des gegnerischen Komitees. Eine offizielle Parole für die Abstimmung wird am 26. Oktober am Parteitag im Tessin gefasst. Die vier Nationalrätinnen Lucrezia Meier-Schatz (St. Gallen), Kathy Riklin (Zürich), Ruth Humbel (Aargau) und Barbara Schmid-Federer (Zürich) erhielten im Sommer

Tausende Protest-Postkarten. Zur Aktion aufgerufen hatte die konservative christliche Arbeitsgruppe «Jugend und Familie», die sich für die SVP-Initiative einsetzt. Für die CVP ist das Thema Familie traditionell wichtig. Gegenwärtig versucht sie mit eigenen Volksbegehren zur Familie an Profil zu gewinnen. Zwei CVP-Initiativen kommen in den nächsten Jahren an die Urne.